

# Berliner Nachrichten

April 2007



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

## Inhalt

Huthmachers St(r)icheleien	2
Patientenverfügungen	2
Keine Lockerung beim Jugendarbeitsschutz	3
Unternehmenssteuerreform	4
Gäu-Bahn: Positives Ergebnis	5
Nationale Naturlandschaften	5
Verantwortungsvoller Ferntourismus	6
Besserer Schutz für Kinder	6
50 Jahre Römische Verträge	7
HIV-Bekämpfungsstrategie	8
Besserer Schutz vor Sexualstraftätern	8
Junge Menschen in die Politik	0
Geändertes Zollfahndungsdienstgesetz	9
Angelika Kloß war Praktikantin	10
Sitzungskalender Bundestag	11
Impressum	11

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

*mehr als drei Stunden lang haben wir vor Ostern im Plenum in einer Orientierungsdebatte mit Patientenverfügungen auseinandergesetzt. Es war eine gute und nachdenkliche Debatte – der Ernsthaftigkeit des Themas angemessen und fern aller Parteipolitik. Die Angst vor der Apparatedizin bewegt viele Menschen. Eine eindeutige gesetzliche Regelung würden viele begrüßen. Nach der Osterpause werden wir die verschiedenen Gruppenanträge beraten. Die abschließende Abstimmung über die unterschiedlichen Vorschläge soll fraktionsübergreifend freigegeben werden.*

*Solidarische Grüße! Eure Renate*



HUTHMACHERS ST(R)ICHELEIEN: Kein Aprilscherz. Am Sonntag tritt die Gesundheitsreform in Kraft.

Zeichnung: Huthmacher

*Diese Karikatur erschien am 31. März 2007 in der Südwest Presse Horb*

## Eine erste Orientierungsdebatte zum Thema Patientenverfügungen

**Der Bundestag hat am 29. März in einer dreistündigen Debatte darüber beraten, ob Patientenverfügungen einer rechtlichen Grundlage bedürfen. Im Kern geht es um die Frage, wie sich die Patientenautonomie am Lebensende und die Fürsorge für den Patienten in ein angemessenes Verhältnis bringen lassen.**

Bislang gibt es nach Schätzungen etwa acht Millionen Patientenverfügungen. Gesetzliche Regelungen gibt es bisher nicht, lediglich die Rechtsprechung hat gewisse Grundsätze entwickelt und vorgegeben, so z. B. dass Patientenverfügungen grundsätzlich verbindlich sind. Doch wird unterschiedlich ausgelegt, was unter dieser Verbindlichkeit zu verstehen ist. Zu diskutieren ist daher, ob die Wirksamkeit und die Reichweite von Patientenverfügungen gesetzlich geregelt werden sollen und wie eine solche Regelung aussehen könnte. Erste Gruppenanträge, denen sich Angehörige aus unterschiedlichen Fraktionen angeschlossen haben, liegen zwar vor, waren aber noch nicht Grundlage dieser offenen

Debatte. Ein Vorschlag geht von einer weitreichenden Verbindlichkeit von Patientenverfügungen aus. Dieser Entwurf sieht eine gesetzliche Regelung vor, dass das Selbstbestimmungsrecht des Patienten uneingeschränkt gilt, unabhängig von Art und Stadium der Krankheit. Der andere Vorschlag will dagegen eine Beschränkung der Wirksamkeit von Patientenverfügungen erreichen: solche Verfügungen sollen danach nur bei irreversibel tödlich verlaufenden Krankheiten gelten. Nach der Osterpause sollen die verschiedenen Vorschläge diskutiert werden. Dabei soll die Abstimmung über die verschiedenen Vorschläge fraktionsübergreifend freigestellt werden.

# Der Azubi macht das Licht aus

## Renate Gradistanac gegen eine Lockerung beim Jugendarbeitsschutz

**Renate Gradistanac sagt nein zur Lockerung des Jugendarbeitsschutzes. In einer Sondersitzung der Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion lehnte sie die Forderung des DEHOGA nach einer Verlängerung der Arbeitszeit für unter 18-Jährige von derzeit 22 auf 23 Uhr ab.**

„Dafür habe ich kein Verständnis“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gerd Andres. Seit das Jugendarbeitsschutzgesetz beschlossen worden sei – also seit über 30 Jahren – gebe es regelmäßig Versuche, einzelne Bestimmungen zu lockern oder zu streichen. „Es müssen jedoch die Ausbildungsverantwortung des Betriebes und die Ausbildungsfähigkeit eines jungen Menschen im Vordergrund stehen“, sagte Gradistanac.

### ***Zwischen 22 und 23 Uhr lernt der Azubi nichts Neues***

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), der die Arbeitszeitverlängerung fordert, habe bislang noch nicht belegen können, dass ein Jugendlicher zwischen 22 und 23 Uhr noch etwas Neues lernt. Und kein Berufsschüler sei morgens im Unterricht hellwach, wenn er am Abend arbeiten musste.

### ***HauptschülerInnen hilft eine solche Arbeitszeitverlängerung nicht***

„Schwer nachvollziehbar“ sei auch die Behauptung des DEHOGA, die Ausweitung der Nachtarbeit bis 23 Uhr würde gerade den jugendlichen Hauptschülerinnen und Hauptschülern nutzen und ihnen zu einem Ausbildungsplatz verhelfen. Während in der Branche die Zahl der Beschäftigten insgesamt zurückgegangen sei, habe die Ausbildungsquote zugenommen: von knapp 30.000 Azubis im Jahr 1996 auf rund 46.000 im Jahr 2005.

In diesen neun Jahren sei auch der Anteil der unter 18-Jährigen bei den Azubis um ein Viertel gestiegen, von 12.000 im Jahr 1996 auf 15.000 im

Jahr 2005. „Diese Zahlen belegen, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz kein Ausbildungshindernis für die unter 18-Jährigen darstellt“, so Renate Gradistanac.

### ***Ob Jugendliche bis spät nachts in der Disco sind, tut nichts zur Sache***

„Unsachlich und anmaßend ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass die unter 18-Jährigen doch auch bis 23 Uhr in die Disco gehen. Jugendliche können ihr Freizeitverhalten selber bestimmen, während sie sich einer täglichen Arbeitszeit bis 23 Uhr nicht entziehen können.“ Im Übrigen, so Renate Gradistanac, sei es gerade in ländlichen Regionen oft unmöglich, in der Nacht mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause zu kommen.

Gradistanac: „Der Gesetzgeber muss weiterhin seine Schutzfunktion wahrnehmen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht dazu da, dass unter 18-Jährige als billige Arbeitskräfte nach 22 Uhr abspülen, die Stühle hochstellen und als Letzte das Licht ausmachen.“

Bemerkenswert sei die hohe Zahl der Abbrecher unter den Auszubildenden in der Branche. Der allgemeine Mittelwert liege bei 21 Prozent, in den Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes teilweise bei über 30 Prozent.

### ***Gastronomie und Hotellerie müssen jetzt dem drohenden Fachkräftemangel vorbeugen***

Dem drohenden Fachkräftemangel müsse die Branche jetzt entgegenwirken. Mit einer Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzes schrecke man aber potentielle Bewerberinnen und Bewerber ab. „Die Attraktivität dieses Berufsfelds muss gesteigert werden. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, mehr junge Menschen nach Abschluss der Lehrzeit zu übernehmen“, sagte Renate Gradistanac.

# Reform der Unternehmensbesteuerung

**Am 30. März wurde der Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung in den Bundestag eingebracht. Deutschland soll ein Unternehmensteuerrecht bekommen, das international wettbewerbsfähig ist, die Unternehmen animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren, und insgesamt den Standort Deutschland und seine Arbeitsplätze stärkt.**

Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland ist reformbedürftig. Denn trotz hoher Steuersätze auf dem Papier, fließt bislang nur ein eher mäßiges Steueraufkommen aus den Unternehmensgewinnen in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Wirtschaftsforscher schätzen, dass jährlich Unternehmensgewinne im Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro ins Ausland transferiert oder durch Steuergestaltungen der deutschen Besteuerung entzogen werden.

## ***Keine Steuergeschenke für Unternehmen***

Das Ziel der Unternehmensteuerreform ist es also gerade nicht, in Zukunft weniger Steuern von den Unternehmen einzunehmen – im Gegenteil: Das Aufkommen der für die Kapitalgesellschaften relevanten Körperschaft- und Gewerbesteuer soll von rd. 58,5 Milliarden Euro in diesem Jahr – also vor der Reform – nach einem kurzfristigen Rückgang im ersten Reformjahr 2008, auf schließlich knapp 75 Milliarden Euro im Jahr 2012 steigen.

## ***Steuerbasis sichern***

Das wichtigste Ziel der Unternehmensteuerreform ist die Sicherung der Steuerbasis in Deutschland. Denn die Unternehmen sollen auch in der Zukunft einen fairen Beitrag zur Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben etwa für Familien, Bildung, Forschung und Innovation in Deutschland leisten. Mit international attraktiven Steuersätzen und gleichzeitig wesentlich strengeren Regeln zur Erfassung der im Inland erzielten Gewinne folgt die geplante Unternehmensteuerreform einem im Ausland bereits erfolgreichen Trend.

## ***Gewinnverlagerung ins Ausland bekämpfen***

Die hohen Steuersätze für Kapitalgesellschaften in Deutschland bieten international verflochtenen Unternehmen derzeit einen starken Anreiz, hierzulande erzielte Gewinne ins Ausland zu verlagern. Dies geschieht, indem in Deutschland

künstliche Kosten in Form von Zinszahlungen, Lizenzgebühren oder überhöhte Preise für die Leistungen ausländischer Konzernteile ausgewiesen werden. Durch die Senkung der Steuersätze und gezielte Maßnahmen gegen solche Gewinnverlagerungen wird die Reform dafür sorgen, dass sich diese Gerechtigkeitslücke zwischen den in Deutschland erzielten und den hier tatsächlichen versteuerten Gewinnen nach und nach verkleinert.

## ***Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärken***

Die Gewerbesteuer, die wichtigste eigene Einnahmequelle der Städte und Gemeinden in Deutschland, wird durch die Reform nachhaltig gestärkt. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird ihr Aufkommen von gut 37 Milliarden Euro in diesem Jahr auf fast 50 Milliarden Euro im Jahr 2012 ansteigen. Gleichzeitig sorgen zusätzliche gewinnunabhängige Elemente bei der Berechnung der Gewerbesteuer dafür, dass sie im Konjunkturverlauf weniger stark schwankt. Das bedeutet, dass in Zukunft mehr und stetigere kommunale Investitionen möglich sind, z. B. in öffentliche Schulgebäude oder eine moderne Verkehrsinfrastruktur – ein großer Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft. Zusätzlich wird die Gewerbesteuerumlage, die die Städte und Gemeinden an den Bund und die Länder abführen müssen, gesenkt. Das heißt: Vom gesamten Gewerbesteueraufkommen bleibt in Zukunft ein noch größerer Anteil in den kommunalen Kassen.

## ***Steuerschulplücker schließen***

Mit der Reform werden weitere Schluflücher geschlossen, mit denen sich Unternehmen für die Steuer arm rechnen konnten. Die Möglichkeiten durch spezielle Wertpapiergeschäfte Steuern zu sparen, werden ebenso beschnitten wie die Möglichkeit, allein aus steuerlichen Gründen insolvente Unternehmen aufzukaufen. Insgesamt werden hiervon dauerhafte Mehreinnahmen von über 2,5 Milliarden Euro erwartet.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

### **Investitionskraft des Mittelstands stärken**

Der weitaus größte Teil der Unternehmen in Deutschland sind sog. Einzel- bzw. Personengesellschaften. Ihre Gewinne unterliegen allein der Einkommensteuer. Das bedeutet, dass ihre Inhaber bereits stark von den Steuersenkungen der Jahre 2001 bis 2005 profitiert haben. Für sie sind keine weiteren allgemeinen Entlastungen mehr nötig. Dennoch stärkt die Unternehmensteuerreform gezielt die Investitionskraft sowohl der kleinen wie auch der großen Personengesellschaften, indem die Ansammlung von Unternehmensgewinnen für Investitionszwecke steuerlich begünstigt wird.

### **Spekulationsgewinne erfassen**

Ein Jahr später als die übrigen Maßnahmen der Unternehmensteuerreform, also im Jahre 2009, soll eine einheitliche Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf alle Kapitaleinkünfte eingeführt werden. Erstmals werden damit auch alle Spekulationsgewinne außerhalb der bisherigen Einjahresfrist steuerlich erfasst. Das bisherige sog. Halbeinkünfteverfahren bei der Besteuerung von Dividenden entfällt, so dass sich die Steuerlast für einkommensstarke Dividendenbezieher sogar leicht erhöht. Für Kleinanleger mit einem persönlichen Steuersatz von unter 25 Prozent haben wir vorgesorgt – sie können ihre Kapitaleinkünfte wie bisher in die jährliche Steuererklärung aufnehmen und dann zum niedrigeren persönlichen Satz versteuern.

## **Gäu-Bahn Stuttgart-Zürich: Positives Wirtschaftsergebnis**

Die Wirtschaftlichkeit der Ausbaumaßnahme der Gäu-Bahn lässt ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,3 erwarten. Mit dem positiven Wirtschaftlichkeitsergebnis ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau der Gäu-Bahn erfüllt“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac nach bekannt werden des Ergebnisses in Berlin. Erforderlich zur Durchführung von Investitionen sei dann jedoch die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Rahmen des Investitionsrahmenplans des Bundesverkehrsministeriums. „Damit die Gäu-Bahn in den Investitionsrahmenplan aufgenommen werden kann, muss die Landesregierung das Projekt in ihrer Priorisierung der Neu- und Ausbauschienenstrecken in Baden-Württemberg entsprechend positionieren“, sagte die Verkehrsexpertin Rita Schwarzelühr-Sutter MdB.

*Pressemitteilung für die  
Lokalzeitungen im Kreis Freudenstadt*

## **„Nationale Naturlandschaften“ Chance für den Schwarzwald**

**Ende März hat der Bundestag die Beschlussempfehlung zum Antrag von SPD und CDU/CSU „Nationale Naturlandschaften – Chancen für Naturschutz, Tourismus, Umweltbildung und nachhaltige Regionalentwicklung“ beschlossen.**

Der Antrag stellt fest, dass es in Deutschland heute 14 Nationalparks, 14 Biosphärenreservate und 96 Naturparks gibt. Der Besuch nationaler Naturlandschaften liegt im Reisetrend. 70 Prozent der Befragten einer Emnid-Studie bevorzugen einen Urlaub dort, wo der Schutz der Natur durch Schaffung eines Nationalparks in den Vordergrund gerückt wird.

Gerade für strukturschwache beziehungsweise ländliche Regionen wie den Nordschwarzwald ist die nachhaltige touristische Nutzung der Schutzgebiete ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Bemühungen von „Europarc Deutschland“ und des „Verbandes Deutscher Naturparke“ zur Entwicklung einer Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ zu unterstützen. Beispiele dafür seien die finanzielle Förderung konkreter Projekte und Publikationen für bestimmte Zielgruppen.

Darüber hinaus müsse die Regierung auf die Potenziale des nachhaltigen Tourismus in diesen Naturlandschaften, auf ihre Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz sowie für die Umweltbildung hinweisen. „Natururlaub“ müsse zu einem Markenzeichen des Deutschlandtourismus und zu einem hervorgehobenen Thema des Tourismusmarketings werden. Bei der Deutschen Zentrale für Tourismus und der Deutschen Bahn AG sollten die „nationalen Naturlandschaften“ im Marketing besser verankert werden.

Desweiteren sollte die Entwicklung und Vermarktung entsprechender touristischer Angebote unterstützt werden, um den Besuchern ein „authentisches Urlaubserlebnis“ zu ermöglichen.

## Für einen verantwortungsvollen Ferntourismus

**Am 22. März hat der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Zukunftstrends und Qualitätsanforderungen im internationalen Ferntourismus“ beraten.**

Vor allem in den Entwicklungsländern steigt das Tourismusaufkommen stetig. 2004 betrug ihr Anteil am weltweiten Markt 36 Prozent. Darin liegen Chancen zur Armutsbekämpfung und zur sozialen und ökologischen Entwicklung.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, Selbstverpflichtungen von deutschen Tourismusunternehmen, die in Entwicklungsländern investieren, dazu zu erwirken, den am wenigsten entwickelten Ländern aktiv beim Infrastrukturausbau sowie bei der sozialen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu helfen. Darüber hinaus soll sie darauf dringen, nachhaltige Tourismusentwicklung dadurch zu fördern, dass in Deutschland ausgebildete

Fachkräfte, die in ihr Land zurückkehren, als interkulturelle Vermittler eingesetzt werden. Außerdem soll die Regierung Reiseveranstalter dazu anregen, durch spezielle Programme das Interesse an „Land und Leuten“ zu verstärken.

Kinder und Jugendliche sollen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, die von Reisenden ausgeht, besser geschützt werden. Die Länderinformationen des Auswärtigen Amtes sollen um touristische Hinweise ergänzt werden. Reisende sollen intensiver über die Bestimmungen des internationalen Artenschutzes und umweltgerechtes Verhalten informiert werden.

Desweiteren soll die Regierung vorschlagen, die Themen „Tourismus in Entwicklungsländern“ und „Nachhaltiger Tourismus“ in den Lehrplänen von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen – auch in den Zielländern – zu berücksichtigen.

## Gesundes Aufwachsen ermöglichen – Kinder besser schützen – „Risikofamilien“ helfen

**Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU „Gesundes Aufwachsen ermöglichen – Kinder besser schützen – „Risikofamilien“ helfen“ beraten.**

Kindern soll ein gesundes Aufwachsen ermöglicht werden. Sie sollen vor Gefährdungen geschützt und Risikofamilien soll staatliche Hilfen angeboten werden.

Die Regierung wird aufgefordert, den Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“ und den Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention zügig umzusetzen sowie soziale „Frühwarnsysteme“ zu entwickeln. Familien in besonderen Belastungssituationen sollen Hilfe zur Stärkung der Elternkompetenz erhalten.

In dem Antrag wird betont, dass Staat und Gesellschaft ihre Aufmerksamkeit für das Aufwachsen von Kindern deutlich steigern müssen und dabei gerade die Kinder miteinbeziehen, die unter ungünstigen

Bedingungen aufwachsen. Insbesondere sie müssen vor Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung geschützt werden. Dafür müsse man auch Maßnahmen prüfen, die die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen verbessern, und inwieweit ein Austausch relevanter Daten zwischen den beteiligten Akteuren – etwa Kinderärzte, Kindergärten, Schulen, Jugendamt und Staatsanwaltschaft – ermöglicht oder erleichtert werden kann.

An die Länder wird dahingehend appelliert, die Möglichkeiten, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz zur Förderung von Familien bietet, tatsächlich zu nutzen. Familienangebote müssen weiterentwickelt werden.

Gerade Risikofamilien erreiche man besser durch Angebote, die gemeinwesenorientiert und stadtteilbezogen sind sowie aufsuchenden Charakter haben. Dem öffentlichen Gesundheitsdienst kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Er sollte im Interesse von Kindern und Familien ausgebaut werden.

# 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge

**Der Bundestag hat in einer ausführlichen Debatte die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren gewürdigt. Für die SPD sprachen im Bundestag der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren und Michael Roth.**

Am 25. März 1957 unterzeichneten sechs europäische Staaten – die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg – in Rom die Römischen Verträge. Das wichtigste Ziel war damals, nach den schmerzlichen Erfahrungen von zwei Weltkriegen, die Zukunft gemeinsam und friedlich zu gestalten.

Nach Bildung der Montanunion im Jahr 1950 war die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die in eine politische Gemeinschaft eingebettet sein sollte, am Veto der französischen Nationalversammlung zunächst gescheitert. Dennoch wurde das Ziel einer Union weiterverfolgt. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge wurden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet. Die damit auf den Weg gebrachte Gemeinschaft ist inzwischen zu einer Union von 27 europäischen Staaten angewachsen.

Für diese 27 Staaten werden die institutionellen Grundlagen des jetzt gültigen Vertrages von Nizza als nicht ausreichend leistungsfähig angesehen. Aus diesem Grund haben die Mitgliedstaaten am 29. Oktober 2004, ebenfalls in Rom, einen Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) unterzeichnet. Dieser ist bislang nicht ratifiziert.

## ***Kontinent des Friedens***

Frank-Walter Steinmeier ehrte in seiner Rede die Union als eine europäische Erfolgsgeschichte und Europa als einen Kontinent des Friedens, des Wohlstands und der Stabilität. Diese Erfolgsgeschichte müsse weitergeschrieben werden. Die Europäische Union stehe aber weiterhin vor großen Herausforderungen.

Angelica Schwall-Düren sieht das Jubiläum als Anlass, um an die Anfänge zu erinnern, Bilanz zu ziehen und nach vorne zu schauen. Eine Weiterentwicklung der Europäischen Union müsse auf der Grundlage gemeinsamer Werte geschehen. Schließlich sei die europäische Integration von Beginn an nicht nur von wirtschaftlichem Interesse geprägt gewesen. Michael Roth hielt die Abgeordneten dazu an, auch in ihren Wahlkreisen für Europa einzutreten. „Wir alle sind Brüssel“, sagte er.

Alle Redner äußerten ihre Hoffnung auf einen baldigen Fahrplan für eine erfolgreiche Verabschiedung eines Vertrages über eine gemeinsame Verfassung für Europa.

## ***Festakt in Berlin***

Aus Anlass dieses 50. Jahrestages treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments an diesem Wochenende zu einem Festakt in Berlin. Gemeinsam werden sie dort eine Erklärung abgeben, die so genannte „Berliner Erklärung“.

Diese Erklärung wird die wichtigsten Leistungen der Europäischen Union würdigen und deren prägenden Werte darstellen. Die auf diesen Werten gründenden gemeinsamen politischen Ziele werden benannt. Es wird darin auch der Weg skizziert, wie sich Europa auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet. Aus der Erklärung soll eine Selbstverpflichtung der Staats- und Regierungschefs erwachsen, sich für eine positive Fortentwicklung der Gemeinschaft einzusetzen, insbesondere ihrer vertraglichen Grundlagen.



## HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat den Bundestag über ihren Aktionsplan zur Umsetzung der HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung unterrichtet. In diesem Rahmen hat das Parlament außerdem die **Beschlussempfehlung zum Koalitions-Antrag „Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Deutschland“** beschlossen. Desweiteren wurde der **Beschlussempfehlung zum fraktionsübergreifenden Antrag „Welt-AIDS-Tag 1. Dezember 2006 – Die besondere Verantwortung für Entwicklungsländer unterstreichen“** zugestimmt.

Der Aktionsplan der Bundesregierung macht Zielvorgaben und benennt Bausteine, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Er lässt aber auch Spielraum, um geplante Maßnahmen ggf. an neue Situationen und Herausforderungen anpassen zu können. Der zeitliche Rahmen reicht bis 2010. Zur Umsetzung ist eine Arbeitsgruppe aus

Mitarbeitern verschiedener Ministerien eingerichtet worden. Inhaltlich setzt die Bundesregierung sowohl global als auch national weiterhin vor allem auf das Zusammenwirken von Präventionsmaßnahmen, auf den Zugang zu HIV-Tests und Therapie für alle, auf den Respekt der Menschenrechte von HIV/AIDS-Betroffenen und auf die Koordination und Kooperation insbesondere mit Nichtregierungsorganisationen.

Forschung für Medikamente, Impfstoffe und neue Präventionsansätze spielen eine wichtige Rolle, wenn HIV/AIDS auf Dauer besiegt werden soll. Ebenso wichtig ist die Beobachtung der Entwicklung und die kontinuierliche Evaluierung des Erreichten und daraus resultierende Qualitätsverbesserungen. Die Aktionsfelder tragen nicht nur das nationale Konzept, sondern sind auch in der europäischen und globalen Zusammenarbeit die deutsche Handlungsmaxime.

## Reform der Führungsaufsicht zum Schutz vor Rückfällen bei Sexualstraftätern

**Der Bundestag hat das Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht beschlossen. Damit soll der Schutz der Bevölkerung vor der Rückfallkriminalität vor allem auch von Sexualstraftätern verbessert werden.**

Die Führungsaufsicht dient der Überwachung und Betreuung von Straftätern, die eine Gefängnisstrafe voll verbüßt haben oder aus einer Klinik für psychisch- oder suchtkranke Täter entlassen wurden. Sie ist als Mittel der Kontrolle und auch für den Schutz der Bevölkerung unverzichtbar. Mit der Reform wird die Kontrolle der Führungsaufsicht gestrafft und effizienter gestaltet. Künftig können zum Beispiel auch sanktionsbewehrte Kontaktverbote, Alkoholverbote oder weitere bestimmte Meldepflichten

ausgesprochen werden. In Ausnahmefällen ist künftig auch eine unbefristete Verlängerung der Führungsaufsicht möglich, denn gerade bei Sexualstraftätern ist eine längerfristige Kontrolle und Begleitung erforderlich.

Auch die Regelungen über die nachträgliche Sicherungsverwahrung wurden geändert. Durch eine Neuregelung wird nun gesetzlich klargestellt, dass die Sicherungsverwahrung auch für Täter möglich ist, bei denen bereits im Zeitpunkt ihrer Verurteilung Hinweise auf ihre Gefährlichkeit für die Allgemeinheit bestanden, die jedoch aufgrund einer Regelung im Einigungsvertrag nicht in der Sicherungsverwahrung untergebracht werden konnten.



# Junge Menschen in die Politik

Renate Gradistanac wirbt für die Aktion „Come in contract“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac ruft junge Menschen im Kreis Calw / Kreis Freudstadt auf, sich politisch stärker einzubringen. Das Beteiligungsmodell „Come in Contract“ richtet sich an Kinder und Jugendliche, die über ihre Wünsche und Vorstellungen direkt und gleichberechtigt mit verantwortlichen Personen in Politik und Gesellschaft verhandeln möchten.

Zentraler Punkt ist eine beidseitige Vereinbarung. Jugendliche entwickeln Ideen und Forderungen für Vereinbarungen („contracts“) und führen Gespräche über die Themen, die ihnen wichtig sind. Beispielsweise treffen Jugendliche mit Politiker/innen Vereinbarungen über jugendfreundlichere Stadtplanung, gewinnen

Bundestagsabgeordnete für wichtige Themen oder verhandeln mit Verantwortlichen über Ausbildungsplätze in örtlichen Betrieben. Auch bestehende Projekte können unter diesem Aspekt eine neue und interessante Richtung bekommen und so Teil von „Come in Contract“ werden.

Antragsschluss ist der 30. April. Nähere Informationen und Flyer gibt es im Internet unter [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de) sowie per Email [hanna.piotter@dbjr.de](mailto:hanna.piotter@dbjr.de) im Projektbüro Deutscher Bundesjugendring, Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung, Telefon (030) 400 404-41.

Hinter dem Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung stehen das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutsche Bundesjugendring.

*Pressemitteilung für die Lokalzeitungen*

## Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes

**Mit dem beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes und anderer Gesetze sollen Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung geschaffen werden. Sie gelten bei Maßnahmen zur Eigensicherung innerhalb von Wohnungen und zur Überwachung von Post und Telekommunikation.**

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung am 27.7.2005 dargelegt, dass auch bei Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen Regelungen zum Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung erforderlich sind. Aufgrund dieser Rechtsprechung zur Überwachung des Wohnraums sind weitere Anpassungen der Regelungen zu Eigensicherungsmaßnahmen beim Einsatz

technischer Mittel durch das Zollkriminalamt und Zollfahndungsämtern innerhalb von Wohnungen vorgesehen.

Am 15.6.2007 tritt die EU-Verordnung über die Überwachung von Barmitteln, die in die oder aus der Gemeinschaft verbracht werden, in Kraft. Sie ersetzt somit die bisherigen nationalen Regelungen des Zollverwaltungsgesetzes zur Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs an den deutschen EU-Außengrenzen. Die nationalen Regelungen zur Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs werden an diese Verordnung angepasst. Den Zollbehörden wird durch die Änderung des Zollverwaltungsgesetzes die Aufgabe übertragen, das Verbringen von Barmitteln in die oder aus der Gemeinschaft zu überwachen.



# Eine Woche Raumschiff Berlin

Angelika Kloß aus Ebhausen war Praktikantin bei Renate Gradistanac

**Ebhausen/Berlin.** Angelika Kloß, 16, aus Ebhausen, Schülerin am Otto-Hahn-Gymnasium in Nagold, war Praktikantin bei der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac. Eine Woche lang besichtigte sie die Bundespolitik – das so genannte „Raumschiff Berlin“ – von innen. Hier ist ihr Bericht.

Was machen die Politiker und Politikerinnen eigentlich den ganzen Tag? Was hat eine Abgeordnete zu tun? Welche Arbeiten übernehmen die Mitarbeiter in ihrem Büro? Wie verbunden ist Renate Gradistanac mit ihrem Wahlkreis? – Auf diese und viele weitere Fragen bekam ich Antwort.

Während meines Praktikums war Sitzungswoche. Alle 622 Abgeordneten befanden sich in Berlin, und so konnte ich Renate Gradistanac am Dienstag in die SPD-Bundestagsfraktion begleiten, an den übrigen Tagen zu Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen. Dabei durfte ich hautnah miterleben, wie die Abgeordneten über aktuelle Themen, wie das so genannte „Flatrate saufen“ und ähnliches diskutierten.

Es war interessant zu sehen, dass die Abgeordneten mit ihren Wahlkreisen und Wählern eng verbunden sind und auch immer wieder Berichte und Erfahrungen von Bürgern in ihre Reden einbringen. Mir wurde deutlich, dass



*Die Schülerin Angelika Kloß aus Ebhausen begleitete Renate Gradistanac eine Woche lang durch den Berliner Politikbetrieb; rechts Büroleiterin Sybille Thomas. Bild: Hildebrandt*

wir Bürger häufig von den Politikern verlangen, mehr zu tun. Aber wenn sie dann neue Gesetze machen, sind es doch gerade wir, die sich über diese beklagen und sich teilweise nicht daran halten.

Überwältigend sind nicht nur die riesigen und wunderschönen Regierungsgebäude in Berlin, sondern auch die Menge an E-Mails, Briefen, Faxen und Anrufen, die täglich beantwortet werden muss. Hierbei helfen die Mitarbeiter. Ihre Aufgabe ist es, die Lokalpresse aus den Kreisen Calw und Freudenstadt auszuwerten und Renate Gradistanac bei der Beantwortung von der Korrespondenz zu unterstützen. Trotzdem nahmen sich die Mitarbeiterinnen viel Zeit für mich. Sie führten mich durch die Gebäude, beantworteten mir viele Fragen und waren sehr offen und freundlich zu mir.

Der Terminplan einer Abgeordneten ist voll, das habe ich mitbekommen, und trotzdem nimmt sich Renate Gradistanac Zeit, Bürgern und Bürgerinnen ihr Arbeitsleben zu zeigen. Es war toll für mich, Renate Gradistanac bei ihrer Arbeit zu begleiten. Ich konnte viel Neues und Interessantes lernen. Für mich war diese Woche in Berlin ein echtes Erlebnis und es war sehr schön, mit welcher Freundlichkeit, Liebe und Fürsorge sich die Abgeordnete und ihre Mitarbeiter um mich kümmerten.

*Pressemitteilung für die Lokalzeitungen im Kreis Calw*

## Telefonzeiten:

SPD-Büro Nagold  
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin  
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr  
Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

**Dringende Nachrichten bitte auf den Anrufbeantworter – wir rufen zurück!**

## Homepage

Die „Berliner Nachrichten“  
stehen auch auf meiner Homepage:  
[www.bundestag.de/~renate.gradistanac](http://www.bundestag.de/~renate.gradistanac)

## Impressum

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227-73718  
Fax (030) 227-76718  
[renate.gradistanac@bundestag.de](mailto:renate.gradistanac@bundestag.de)


## Büroleitung:

Sybille Thomas, Berlin

## Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2007

Stand: 26. Mai 2006

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mo Tagung 1.	1 Do	1 Do	1 So	1 Di Gesetz-Freitag	1 Fr	1 So	1 Mi	1 Sa	1 Mo 40.	1 Do Alltagsferien	1 Sa
2 Di	2 Fr	2 Fr	2 Mo 14.	2 Mi	2 Sa	2 Mo 27.	2 Do	2 So	2 Di Gesetz-Freitag	2 Fr	2 So 1. Advent
3 Mi	3 Sa	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 Mo 36.	3 Mi	3 Sa	3 Mo 49.
4 Do	4 So	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo 23.	4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Di
5 Fr	5 Mo 6.	5 Mo 10.	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo 45.	5 Mi
6 Sa H. Drei Könige	6 Di	6 Di	6 Fr Karfreitag	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo 32.	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do
7 So	7 Mi	7 Mi	7 Sa	7 Mo 19.	7 Do	7 Sa Fronthochzeit	7 Sa	7 Di	7 So	7 Mi	7 Fr
8 Mo 2.	8 Do	8 Do	8 So Ostermontag	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Sa	8 Mo 41.	8 Do	8 Sa
9 Di	9 Fr	9 Fr	9 Mo Ostermontag 15.	9 Mi	9 Sa	9 Mo 28.	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr	9 So 2. Advent
10 Mi	10 Sa	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 Mo 37.	10 Mi	10 Sa	10 Mo 50.
11 Do	11 So	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo 24.	11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So	11 Di
12 Fr	12 Mo 7.	12 Mo 11.	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo 48.	12 Mi
13 Sa	13 Di	13 Di	13 Fr	13 So Muttertag	13 Mo 20.	13 Fr	13 Mo 39.	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Do
14 So	14 Mi	14 Mi	14 Sa	14 Mo 20.	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Fr
15 Mo	15 Do	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Sa	15 Mo 42.	15 Do	15 Sa
16 Di	16 Fr	16 Fr	16 Mo 16.	16 Mi	16 Sa	16 Mo 29.	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 So 3. Advent
17 Mi	17 Sa	17 Sa	17 Di	17 Do Heiligabend	17 So	17 Di	17 Fr	17 Mo 38.	17 Mi	17 Sa	17 Mo 51.
18 Do	18 So	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo 25.	18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So Volksbrauentag	18 Di
19 Fr	19 Mo Rosenmontag 8.	19 Mo 12.	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo 47.	19 Mi
20 Sa	20 Di	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo 34.	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Do
21 So	21 Mi	21 Mi	21 Sa	21 Mo 21.	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Fr
22 Mo 4.	22 Do	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Do	22 Mo 43.	22 Do	22 Sa Winteranfang
23 Di	23 Fr	23 Fr	23 Mo 17.	23 Mi	23 Sa	23 Mo 30.	23 Do	23 So Herbstanfang	23 Di	23 Fr	23 So 4. Advent
24 Mi	24 Sa	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 Mo 39.	24 Mi	24 Sa	24 Mo H. Abend 52.
25 Do	25 So	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo 26.	25 Mi	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So	25 Di 1. Weihnachtstag
26 Fr	26 Mo 9.	26 Mo 13.	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo 48.	26 Mi 2. Weihnachtstag
27 Sa	27 Di	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo 35.	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Do
28 So	28 Mi	28 Mi	28 Sa	28 Mo 22.	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Fr
29 Mo	29 Do	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Do	29 Mo 44.	29 Do	29 Sa
30 Di	30 Fr	30 Fr	30 Mo 18.	30 Mi	30 Sa	30 Mo 31.	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 So
31 Mi		31 Sa		31 Do		31 Di	31 Fr		31 Mi Reformations- tag		31 Mo Silvester

 Tagungswochen  
Deutscher Bundestag

 Plenarsitzungen  
Bundesrat

Internationale Tagungen  
(s. Rückseite)